



28. September 2018

AUSGABE 7/2018

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

gerade dachte ich, jetzt nimmt die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion Fahrt auf, da hagelte uns der Fall Maaßen ins Kontor. Die von unseren Ministerien erarbeiteten Gesetzentwürfe wie das Gute-Kita-Gesetz, das Rentenpaket oder die Brückenteilzeit fanden wenig Beachtung und Krisenbewältigung war angesagt. Einige von euch haben mir ihre Meinung dazu mitgeteilt und das hat mich darin bestätigt, direkt am Mittwoch Andrea Nahles einen Brief zu schreiben, in dem ich sie aufforderte, den Beschluss zu revidieren. Natürlich kann es nicht sein, dass wir einem hohen Beamten unser Vertrauen entziehen und er anschließend vom Innenminister auf eine höher dotierte Stelle versetzt wird, bei der er politisch gestalterisch tätig werden kann. Der Beschluss wurde zurückgeholt, aber ein fader Beigeschmack bleibt, wie solch eine Entscheidung überhaupt passieren konnte.

Letztendlich werden wir es nie wissen, deshalb gilt es jetzt, nach vorne zu schauen. Wir haben uns so viel vorgenommen und können einiges davon bis zum Ende des Jahres im Parlament beschließen. Der soziale Arbeitsmarkt zum Beispiel, der Langzeitarbeitslosen helfen soll, oder das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit, welches gerade Frauen aus der Teilzeitfalle hilft. Deshalb heißt es Ärmel hochkrepeln, nicht durch Machtgerangel in der CDU/CSU-Fraktion ablenken lassen, sondern für die Menschen etwas erreichen.

Wohngipfel: Maßnahmenpaket zur Stärkung der Mieter

Bezahlbare Mieten sind eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Viele Menschen haben Sorgen, sich ihre Wohnung nicht mehr leisten zu können, in der sie teilweise seit Jahrzehnten leben. Um die Wohnungsnot zu bekämpfen, haben wir bereits einiges auf den Weg gebracht wie mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau und die Verschärfung der Mietpreisbremse. Wir müssen aber noch mehr tun – ein Mietenstopp für 5 Jahre wäre zum Beispiel eine hilfreiche Maßnahme! Dies ist mit der Union aktuell schwer umzusetzen, aber wir halten den Druck aufrecht. Ein Teilerfolg: Endlich ist das Thema Wohnen zur obersten Priorität erklärt worden. Auf einem Wohngipfel mit Politik, Kommunen und Immobilienwirtschaft am letzten Freitag haben wir uns auf eine Wohnraumoffensive verständigt. Folgende Punkte wurden unter anderem beschlossen:

- Der Bund wird künftig verstärkt eigene Grundstücke zu günstigen Konditionen an die Länder und Kommunen abgeben, damit sie darauf bezahlbare Wohnungen schaffen können.
- Wir schränken die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erheblich ein. Dadurch schützen wir Mieter stärker vor gezielter Verdrängung aus ihren Wohnungen.
- Zum 1. Januar 2020 kommt eine Wohngeldreform. Die Unterstützung steht künftig mehr Menschen zur Verfügung und wird erhöht. Über die genaue Summe der Erhöhung verhandeln wir noch.

Wohnungen dürfen keine Geldanlage für Konzerne sein, aus denen man immer mehr Profit quetschen kann. Wohnungen sind zum Wohnen da!

Gute Kitas braucht das Land

In der letzten Info-Post hatte ich es angekündigt, jetzt hat sich Familienministerin Franziska Giffey durchgesetzt: Das Gute-Kita-Gesetz wurde im Kabinett verabschiedet. „Gute Kita“, das heißt bessere Qualität und weniger Gebühren. Von 2019 bis 2022 gibt der Bund den Ländern dafür 5,5 Milliarden Euro. Ein super Verhandlungsergebnis von Franziska, denn im Koalitionsvertrag waren nur 3,5 Milliarden Euro vereinbart.

In jedem Bundesland gibt es unterschiedliche Bedarfe, daher kann in den Ländern individuell entschieden werden, ob das Geld eher für Qualitätsausbau, z. B. durch mehr Erzieherinnen, oder Beitragsabbau verwendet werden soll. Durch Verträge wird aber sichergestellt, dass das Geld nicht bei den Ländern versickert, sondern wirklich bei den Kitas bzw. den Eltern ankommt.

Bundesweit entlastet werden auf jeden Fall Eltern mit geringem Einkommen. Familien mit Anspruch auf Wohngeld oder Kinderzuschlag müssen künftig keine Kita-Gebühren mehr bezahlen. Davon profitieren Eltern von 175.000 Kindern. Zudem zahlen Eltern mit höherem Einkommen künftig höhere Beiträge als diejenigen mit geringerem Einkommen. Beides ist in NRW schon der Fall, soll nun aber in ganz Deutschland gelten.

Akuten Notstand beim Pflegepersonal bekämpfen

Im Bereich Pflege ist der Personalmangel ein Riesenproblem. Etwas Abhilfe soll das im Bundestag beratene Pflegepersonal-Stärkungsgesetz schaffen. Wir wollen zum 1. Januar 2019 13.000 neue Stellen in der stationären Altenpflege finanzieren. Auch in Krankenhäusern wird durch das Gesetz Spielraum für mehr Pflegepersonal geschaffen. Denn jede neu geschaffene bzw. aufgestockte Pflegestelle wird künftig vollständig von der Krankenversicherung finanziert. Bislang müssen die Krankenhäuser einen Eigenanteil von zehn Prozent bezahlen, der nun wegfällt.

Das Gesetz ist ein Signal, dass wir die Pflegeproblematik ernst nehmen, es müssen aber weitere Schritte folgen. Finanzielle Anreize für die Krankenhäuser reichen nicht für die Lösung der Personalprobleme. Um genug Pflegekräfte zu finden, müssen wir den Beruf für junge Menschen attraktiver machen und dafür die Arbeitsbedingungen weiter verbessern!

Am Gesetzentwurf gibt es jedoch auch Kritik. In der aktuellen Fassung ist vorgesehen, dass die Krankenhäuser künftig auf den Pflegezuschlag, der eigentlich für Personalstellen gedacht war, verzichten müssen. Doppelte Zahlung geht natürlich nicht und der Vorteil des neuen Gesetzes ist, dass der Finanzrahmen nicht gedeckelt ist. In der weiteren parlamentarischen Beratung und in der Expertenanhörung am 10. Oktober werden wir trotzdem über Finanzen im Sachmittelbereich diskutieren.

Bessere Chancen durch Qualifizierung

Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie wir arbeiten und was für Anforderungen in Zukunft an Beschäftigte gestellt werden. Daher sollen Arbeitnehmer künftig – unabhängig von Alter, Qualifikation und der Größe des Betriebs – Weiterbildungen in Anspruch nehmen, wenn sie sie aufgrund des digitalen Wandels brauchen. Ein entsprechendes Qualifizierungschancen-Gesetz, das unser Arbeitsminister Hubertus Heil durch das Kabinett gebracht hat, ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Arbeitsversicherung, wie wir sie schon lange fordern.

Nach einem Verlust des Arbeitsplatzes sollen künftig mehr Menschen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben, statt in Hartz IV abzurutschen. Bislang muss man dafür innerhalb von 24 Monaten 12 Monate versicherungspflichtig gearbeitet haben. Demnächst sollen die 24 Monate auf 30 Monate ausgedehnt werden. Außerdem werden wir die Beitragszahler durch eine Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung spürbar entlasten. Ab dem 1. Januar 2019 wird er um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Bei einem Bruttoeinkommen von 3.000 Euro spart man um die 10 Euro im Monat.

Diesel-PKWs: Die Hersteller bleiben in der Pflicht

Die Luft in vielen Städten ist schlecht und schadet der Gesundheit der Anwohner. Stickoxid-Grenzwerte werden oftmals überschritten und erste Fahrverbote ausgesprochen. Dies kann auf Dauer nicht die Lösung sein, denn es hilft nur punktuell und Leidtragende sind Verbraucher bzw. Autofahrer. Wir wollen die Autohersteller dabei nicht aus der Verantwortung entlassen, denn sie haben über Jahre Fahrzeuge manipuliert, um gesetzlich vorgegebene Grenzwerte für Autoabgase zu umgehen.

Unsere Forderung ist, dass die Hersteller zu Hardwarenachrüstungen für Dieselwagen mit der Abgasnorm Euro 5 und Euro 6 verpflichtet werden. ADAC-Tests zeigen, dass sich mit solchen Nachrüstungen die Abgase bis zu 70 % reduzieren lassen. Dies würde zunächst reichen, um Fahrverbote zu vermeiden und Anwohner zu entlasten. Auch Euro-4-Diesel könnten dann weiter fahren. Am Montag soll der Koalitionsausschuss eine Lösung in dieser Frage finden.

In der Sommerpause des Parlaments war ich viel vor Ort. Termine musste ich gar nicht selber vereinbaren, denn es gab so viele Einladungen, dass sie sich an manchen Tagen nicht alle bewältigen ließen. Entschuldigung also an diejenigen, zu denen ich es nicht geschafft habe. Wir holen das nach! Auf jeden Fall hat es mir viel Spaß gemacht und ich habe viele Informationen für meine politische

Arbeit erhalten. Vielen Dank an alle, die mich in unterschiedlicher Konstellation beim Drachenbootrennen, beim Hoffest und bei „Poschmann, Pils und Politik“ unterstützt haben.

Am 31. Oktober ist um 19 Uhr übrigens Karl Lauterbach zum Thema „Patienten, Personal und Politik“ zu Gast in Hörde. Ihr seid herzlich eingeladen, zur Diskussion im St.-Josefs-Hospital (Wilhelm-Schmidt-Straße 4, 44263 Dortmund) vorbeizukommen.

Liebe Grüße

Eure

A handwritten signature in blue ink that reads "Sabine".